Juni 1929

4. Jahrg., Nr. 6

Mitteilungsblatt
des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens

Dieses Blatt erscheint monatlich und geht den Mitgliedern unentgeltlich zu. ◆ Erscheinungsort Mainz.

Zuschriften: Mainz, Hindenburgstraße Nr. 44
Schriftleitung: Rabbiner Dr. S. Levi, Mainz

Ein Jubiläum
des Herrn Kommerzienrat Bernhard Albert Mayer, Mainz.

Am 21. Juni 1904 wurde Herr Bernhard Albert Mayer, nachdem er am 17. Mai 1904 von der Gemeinde gewählt und unterm 1. Juni 1904 vom Kreisamt bestätigt war, in den Dienst als Mitglied des Vorstandes der israelitischen Religionsgemeinde Mainz eingeführt. In diesen Tagen sind also 25 Jahre verstrichen, seitdem Herr Kommerzienrat B. A. Mayer im ehrenamtlichen, das Wohl der Gemeinde betreuenden Dienste steht. Auch der Vater des Jubilars, Herr Kommerzienrat Martin Mayer, konnte ein 25jähriges Jubiläum als Mitglied des Gemeindevorstandes feiern. Die Feier erfolgte am 16. Juli 1903 in der Gemeindesynagoge. Martin Mayer hatte seit dem Jahre 1878 bis zu seinem am 15. Februar 1904 erfolgten Tode als Vorstandsmitglied das Wohl der Gemeinde gefördert, seine Lebenserfahrung, seine Urteilskraft, sein starker Sinn für edle Ziele und seine Begeisterungsfähigkeit für die Aufgaben der jüdischen Gemeinschaft haben Unvergessenes in unserer Gemeinde mitgeschaffen.

Bernhard Albert Mayer übernahm so eine Familientradition, die sich schon vom Großvater und dessen mütterlichen Ahnen herleitete, wenn er sich der Förderung der Gemeinde widmete, und zwar — wie hier schon betont sei — mit größtem Erfolge der Förderung der Gemeinde widmete. Die äußere Anerkennung seiner Tätigkeit von seiten der Gemeinde drückte sich auch darin aus, daß er im Jahre 1906, 1911, 1916, 1921, und 1926 als Vorstandsmitglied immer wiedergewählt wurde, und daß nach dem Rücktritt des damaligen Ersten Vorstehers, Dr. Ferdinand Philipp Mayer, unterm 11. Januar 1909 Herr Bernhard Albert Mayer auf einmütigen Wunsch des Gemeindevorstandes vom Kreisamt zum Ersten Vorsteher ernannt wurde. Der Jubilar steht also schon über 20 Jahre als Erster Vorsteher an der Spitze der Verwaltung unserer Gemeinde. Auch von seiten der früheren Regierung wurde Herrn Bernhard Albert Mayer wiederholt die verdiente Anerkennung und manche Auszeichnung für seine Tätigkeit am Gemeinwohl zuteil.

Die Entwicklung der israelitischen Religionsgemeinde Mainz im letzten Vierteljahrhundert ist in überragender Weise der Tat Bernhard Albert Mayer's zu danken: Großzügigkeit, klarer Blick für die Aufgaben der Zeit, organisatorische Fähigkeit, energische Zielstrebigkeit vereinen sich in seinem Wesen und geben den zeitgebotenen Plänen feste Gestalt. Wenn diese Persönlichkeitskräfte die Voraussetzung für eine straffe Gemeindeorganisation und Verwaltung sind, so ist dem Jubilar für das ihm anvertraute Ehrenamt eine besondere Begabung zuteil geworden; aber auch für die innere Teilnahme an den Wohlfahrtsaufgaben der Ge-

meinde ist ihm durch ein empfängliches Herz und durch vorbildliche Hilfsbereitschaft die Kraft gegeben. Auf allen Gebieten der Gemeindearbeit kann sich darum der Jubilar führend und erfolgreich betätigen, für das äußere Bild der Gemeinde wie für die innere Ausgestaltung ist er fortschreitend bemüht. Der Neubau der Hauptsynagoge — um nur einiges Weniges hervorzuheben — ist sein Verdienst, der alte Plan einer Zusammenfassung der hiesigen Wohltätigkeitsvereine durch eine Zentralwohlfahrtsstelle ist unter seiner Initiative verwirklicht worden, der segensreichen Einrichtung des jüdischen Schwesternheimes gilt seine Förderung vom ersten Tage der Begründung. Bei der Vervollkommnung der Gemeindeeinrichtungen begnügt er sich nicht mit Anordnungen, er bleibt vielmehr um jede Durchführung bis in die Einzelheiten durch persönliche Mitarbeit bemüht. In zahllosen Vereinen wirkt der Jubilar teils führend, immer aber tätig mit. Seine Erfolge sind also wohlberechtigte und verdiente Folgen seiner Leistung. Die israelitische Religionsgemeinde Mainz nimmt deshalb mit Freude die Gelegenheit wahr, um dem Jubilar, der auch dem Stadtparlament Mainz seine bewährte Arbeitskraft zur Verfügung stellt, herzlich zu danken für alles, was sie ihm zu danken hat und ihm und sich zu wünschen, daß er sie weiter durch Jahrzehnte zu fortschreitender Gestaltung und zu segensreichem Gedeihen führen möge.

Aber auch der Landesverband der israelitischen Religionsgemeinden Hessens hat dankbar ergriffenen Anlaß, dem Jubilar aufrichtige Segenswünsche auszusprechen. Ist es doch gerade Kommerzienrat Bernhard Albert Mayer, dessen unermüdlicher Schaffenskraft die Begründung und Ausgestaltung des Landesverbandes zu danken ist. Vom Tage der Begründung des Landesverbandes an steht der Jubilar an der Spitze dieser Landesorganisation und man darf wohl sagen, daß der Landesverband zum besonders umhegten Sorgenkind geworden ist. Er vertritt diese Organisation unter persönlichen Opfern nicht nur nach außen, er überwacht und beschwingt sie mit Aufbietung seiner besten Kraft auch nach innen. Die aufgewendete Mühe des Vorsitzenden verdiente allerdings noch reichere Erfolge und das sind die Glückwünsche, die der Landesverband bei dieser Gelegenheit auszusprechen wagt: Daß die Früchte die Saat endlich rechtfertigen und lohnen möchten!

Die weitesten Kreise wünschen Herrn Kommerzienrat B. A. Mayer für viele Jahre rüstige Schaffenskraft und erfolgreiche Schaffensfreude an der Seite seiner Gattin, im Kreise seiner Familie, zum Wohle der alten Gemeinde Mainz und der jüdischen Gesamtheit ad meoh weessrim schonoh.

Bekanntmachung

des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens.

Die Mitglieder des Oberrats und deren Stellvertreter werden hiermit auf **Sonntag, den 23. Juni d. J., vormittags 10,30 Uhr,** in das Verbandsbüro (Mainz, Neue Synagoge, Eingang Gabelsbergerstraße) zu einer **Oberratssitzung** berufen.

Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

Mainz, Ende Mai 1929.

Der Verbandsvorsitzende:
gez. B. A. Mayer.

Aus dem Verbandsbüro.

Auf Beschluß des Gemeindetages sind die Gemeinden unseres Landesverbandes ersucht worden, neben den Beitragsleistungen für unseren Landesverband Zuschüsse für Seminare und Wohlfahrtsanstalten, also für Kultuseinrichtungen, die dem Wohle der gesamten deutschen Judenheit dienen, an die Kasse unseres Verbandes zu überweisen.

Wir bitten alle Mitglieder der Verbandsgemeinden, ihren Gemeindevorständen die Erfüllung dieses Beschlusses zu erleichtern und dafür besorgt zu sein, daß diese Zahlungen baldigst und in ausreichendem Maße geleistet werden können.

Oberrat des Landesverbandes der israelitischen Religionsgemeinden Hessens.

Mitteilung

an die Mitglieder der israelitischen Religionsgemeinde Mainz.

Anläßlich des 25jährigen Jubiläums des Herrn Kommerzienrat B. A. Mayer als Mitglied des Gemeindevorstandes findet eine synagogale Weihefeier am Donnerstag, den 13. Juni, abends 7½ Uhr, in der Hauptsynagoge statt, bei welcher ein neuer Thorahschreinvorhang seinem heiligen Gebrauch übergeben werden soll.

Am Montag, den 17. Juni, abends 8¼ Uhr, wird zur Feier des Jubiläums im Rheingoldsaal der Stadthalle ein zwangloses Zusammensein für die männlichen Mitglieder der Gemeinde veranstaltet.

Der Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde Mainz.

Generalversammlung

des Isrl. Landeslehrervereins im Volksstaate Hessen am 8. und 9. Mai 1929 in Gießen.

I. Geschäftsbericht

erstattet von dem Vereinsvorsitzenden Lehrer Kahn, Alsfeld.

Der Bericht, den ich Ihnen im Namen und Auftrage des Vorstandes erstatte, erstreckt sich auf das 4. Geschäftsjahr unseres Landeslehrervereins. Unsere letzte Tagung fand am 26. August vorigen Jahres in Offenbach a. M. statt; es ist also kaum ein Dreivierteljahr her seit jener Tagung. Jene Verhandlungen, insbesonders der Geschäftsbericht, den ich Ihnen damals erstattete, und welcher dann im Mitteilungsblatt des Landesverbandes erschienen ist, fanden ein lebhaftes Echo innerhalb der hessischen Judenheit, das sich zunächst in der Form einer Polemik im „Israelit“ auswirkte und dessen Wellenschläge sogar bis in die Verhandlungen des Oberrates reichten.

Auf jener Offenbacher Tagung wurde nach einer längeren Aussprache folgende Resolution gefaßt:

„Die Generalversammlung des israelitischen Landeslehrervereins im Volksstaate Hessen vom 26. August 1928 in Offenbach, billigt die Schritte, die der Vorstand desselben zwecks Anschluß an den Reichsverband der jüdischen Lehrervereine in Deutschland unternommen hat. Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, diesen Anschluß nach nochmaliger Rücksprache mit dem Vorstand des Reichsverbandes, die zu einer absoluten Sicherung aller religiösen Belange führen muß, innerhalb eines Jahres zu vollziehen.“

Auf Grund dieses Beschlusses, der damals einstimmig angenommen wurde und dem Vorstand die Marschroute in dieser, auch für unseren Verein so wichtigen Frage vorschrieb, hatte ich dann mit Herrn Kollegen Steinhardt eine Zusammenkunft, an welcher

auch Herr Kollege Gans als Vertreter der israelitischen Lehrerkonferenz Hessens, teilnahm. Nach einer längeren, den Gegenstand erschöpfenden und von größtem Entgegenkommen getragenen Aussprache, vereinbarten wir, daß die Statuten des Reichsverbandes jene Zusätze erhalten sollen, die s. Z. auf der Münchener Tagung des Reichsverbandes abgelehnt wurden. Infolge dieser Zusage, die Herr Kollege Steinhardt uns dann auch noch schriftlich bestätigte, hat dann Ihr Vorstand am 3. Februar ds. Jahres auf einer Vorstandsbesprechung in Frankfurt a. M., an welcher sämtliche Mitglieder des Vorstandes anwesend waren, den einstimmigen Beschluß gefaßt, der Ihnen in der Märznummer des Mitteilungsblattes bekannt gegeben wurde und welcher lautet:

„Der Vorstand beschließt in Ausführung des Beschlusses der Offenbacher Generalversammlung vom 26. August 1928, dem Reichsverband der jüdischen Lehrer im Deutschen Reiche, unter den, in dem Briefe von Steinhardt an Kahn vom 15. Nov. 1928 zugesagten Bedingungen beizutreten."

Dieser Beschluß wurde dem Vorstand des Reichsverbandes mitgeteilt und von demselben bestätigt. Gestern Abend hatten wir dann das Vergnügen, Herrn Kollegen Steinhardt in unserer Mitte zu sehen, und Sie stehen wohl alle noch unter der Wirkung des wiederum einstimmig angenommenen Beschlusses, der vorsieht, daß unser Verein nunmehr Mitglied des großen Reichsverbandes ist. Auch die hessischen jüdischen Lehrer stehen nun nicht mehr außerhalb des Stromes der jüdischen Lehrerbewegung in Deutschland.

Während aber nunmehr die jüdischen Lehrer Hessens nach außen hin den Anschluß an die jüdischen Lehrerbewegung gefunden haben, ist es ihnen immer noch nicht gelungen, eine Aenderung jener unhaltbaren Zustände in der Besoldung und Anstellung eines großen Teils unserer Kollegen herbeizuführen. Immer noch nicht konnte sich die hessische Judenheit dazu aufschwingen das zu tun, was in anderen Ländern, insbesonders in den süddeutschen Staaten möglich war, und was auch in Hessen geschehen muß, wenn nicht das religiöse und kulturelle Leben der meisten Klein- und Mittelgemeinden der völligen Vernichtung preisgegeben werden soll. Wir haben bisher stets auf diese Dinge hingewiesen und gezeigt, daß jede Arbeit umsonst und jede Mühe vergebens sein wird, wenn nicht zuerst eine Wandlung in dieser Hinsicht erfolgt. Auch die Bemühungen des Landesverbandes, die von uns durchaus nicht verkannt und verkleinert werden sollen, werden nur Stückwerk bleiben, werden vielleicht in vieler Beziehung vergebens sein, wenn es nicht gelingt die Zukunft der hessischen jüdischen Lehrer in finanzieller Hinsicht auf eine solche Basis zu stellen, die der der anderen jüdischen Lehrer in Deutschland entspricht. Sie wissen, daß Ihr Vorstand stets bei allen sich bietenden Gelegenheiten mit Wort und Tat für diese Sache eingetreten ist. Ein großer Erfolg — wir wollen dies heute ohne alle Schönmalerei sagen — konnte bisher noch nicht erziélt werden. Warum dies nicht ereicht werden konnte, das wissen Sie so gut wie wir auch. In unserem letzten Tätigkeitsbericht sind wir auf diese Dinge sehr genau eingegangen. Es kann gesagt werden, daß dieser Bericht großen Eindruck auf weite Kreise der hessischen Judenheit gemacht hat. Ich habe eine sehr große Anzahl schriftlicher und mündlicher Zustimmungserklärungen erhalten, auch von Persönlichkeiten, die sonst im allgemeinen den Bestrebungen der Lehrerschaft fern stehen Ich will heute nicht mehr diesen ganzen Fragenkomplex aufrollen, ich will heute nur wieder von neuem feststellen, daß es immer noch Jahresgehälter in Hessen gibt, die in jeder Beziehung unzureichend sind, und daß sich die Verhältnisse im vergangenen Jahre in dieser Hinsicht in nichts geändert haben.

Die Folgen dieser Politik zeigen sich schon heute. Wird heute eine hessische Stelle frei, so meldet sich aus ganz Deutschland, selbst dann, wenn diese Stelle mit Volksschullehrergehalt ausgeschrieben ist, kaum ein einziger jüdischer Lehrer. Es wird also in absehbarer Zeit in fast sämtlichen Gemeinden Hessens kaum noch ein Lehrer, der diesen Titel von Rechts wegen führen darf, anzutreffen sein. Das sollten sich zunächst alle diejenigen jüdischen Gemeinden zur Notiz nehmen, die in völlig unbegreiflicher Verblendung und Leistungsunwilligkeit, sich immer noch nicht entschließen können, ihren Lehrern das zu geben, was denselben zukommt. Sie können sich heute schon sagen, daß mit dem Tode oder dem Wegzug des Lehrers ihrer Gemeinde, ihre Stelle unbesetzt bleiben wird. Sie selbst sind die Totengräber ihrer eigenen Gemeinden. Als ich im letzten Bericht sagte, daß der Nachfolger des hessischen Lehrers der „ostjüdische Bochur" sei, wurde mir dieses Wort, obwohl aus dem ganzen Bericht damals klar hervorging, daß gegen den ostjüdischen Bochur als solchen nichts gesagt würde, von einer gewissen Seite sehr übel ausgelegt. Heute sage ich, daß der Nachfolger des hessischen Lehrers nicht einmal der ostjüdische Bochur sein wird, der wird wo anders bessere Anstellungsverhältnisse finden. Der hessische Lehrer wird voraussichtlich gar keinen Nachfolger haben. Ein Rundblick über die vakanten Lehrerstellen in ganz Hessen bestätigt diese Behauptung. Selbst Gemeinden, die ihre Stelle mit einer Besoldung von 4b oder 4a ausschrieben, bleiben unbesetzt, weil sich eben nach Hessen kein Lehrer mehr meldet. Das ist die traurige Folge der Besoldungspolitik der jüdischen Gemeinden.

Wie leistungsunwillig ein großer Teil der hessischen Gemeinden ist, bewiesen die Verhandlungen des letzten Gemeindetages in Offenbach. Aus dem Bericht, den der Vorsitzende des Verbandes — Herr Kommerzienrat Mayer — erstattete, ging ja hervor, welche große Mühe erforderlich ist, die Gemeinden zu veranlassen, die geringen Beiträge zum Verband zu leisten, wie dadurch auch die Arbeiten des Verbandes unsäglich erschwert werden. Trotzdem heute doch jede hessische Gemeinde wissen müßte, daß der Verband der einzige Faktor und die einzige Möglichkeit ist, das religiöse Leben zu erhalten und zu fördern, stehen immer noch eine große Anzahl dem Verbande fern und die Führer des Landesverbandes werden vielleicht nun ersehen, welch schweren Kampf wir Lehrer schon seit Jahrzehnten mit vielen hessischen Gemeinden führen. Sie selbst, die doch gestützt sind durch die Autorität des Landesverbandes, müssen heute erkennen, wie außerordentlich schwer es ist, selbst die geringsten Beiträge zu erhalten; sie werden deshalb nunmehr auch einsehen, was wir jüdischen Lehrer alles schon mit solchen Gemeinden und Vorständen durchzufechten hatten. Auch der Landesverband wird nicht eher diese Verhältnisse meistern und beseitigen können, bis er 1. universal sein wird, 2. das Recht einer öffentlichen Körperschaft besitzt und zum 3. seine Finanzen auf dieselbe Grundlage stellt, wie dies die süddeutschen Verbände in vorbildlicher Weise schon getan haben. Gerade auf den letzten Punkt bin ich in meinem vorjährigen Bericht näher eingegangen. Ich hatte dort ausgeführt, daß bei aller Anerkennung der großen Opfer, die unsere hessischen Großgemeinden, vor allen Dingen die Gemeinde Mainz. für den Verband gebracht haben, es dennoch keinen anderen Weg gibt, um den Verband wirklich groß und leistungsfähig zu machen, als den der direkten Besteuerung, die es auch bei einem ganz geringen Steuersatz mit Leichtigkeit ermöglicht, alle die Geldmittel aufzubringen, die wir für die Aufgaben des Verbandes benötigen. Ich hatte auch in dieser Sache die Freude eine ganze Reihe von Zustimmungserklärungen, sogar von Seiten verschiedener Oberratsmitglieder zu erhalten. Doch so lange der Verband nicht universal ist, d. h. so lange ihm immer noch eine Reihe von Gemeinden fernsteht, ist die Möglichkeit eine solche Besteuerung einzuführen sehr gering. Es sollte daher jeder Kollege, dessen Gemeinde noch nicht sich dem Verband angeschlossen hat, mit aller Kraft und Bestimmtheit für den Anschluß wirken und eintreten. Wir bedauern es deshelb sehr, daß manche Kollegen bisher in dieser so sehr wichtigen Frage eine merkwürdige Zurückhaltung und Passivität zeigen, obwohl diese Sache zu der wichtigsten Standesangelegenheit gehört. Wir haben es auch sehr bedauert, daß die Verhandlungen mit dem „gesetzestreuen Verband", obwohl der Landesverband fast bis zur Selbstaufgabe alle nur möglichen Zugeständnisse machte, nicht zu einer Vereinigung führten, weil der Leidtragende an der Zersplitterung der hessischen Judenheit der jüdischen Lehrer ist. Bei dieser Gelegenheit können wir es uns nicht versagen eine Feststellung zu machen, die äußerst interessant und lehrreich ist. Sie werden es alle noch nicht vergessen haben, in welcher Weise wir von einer

gewissen Seite innerhalb der hessischen Lehrerschaft angegriffen wurden, weil wir in der richtigen Erkenntnis, daß in Hessen nur ein Verband möglich und lebensfähig ist, für einen solchen eingetreten sind. Sie werden es noch wissen, wie man uns in jeder Beziehung Hindernisse in den Weg legte, unsere Absichten mißdeutete und unsere religiösen Anschauungen verdächtigte. In der pädagogischen Beilage des „Israelit" vom 6. September vorigen Jahres erschien nun unter dem Titel „Ein Brief aus Hessen" ein Artikel, der genau mit den gleichen Argumenten, die wir schon seit Jahren auch vertreten, für den Einheitsverband eingetreten ist. Wir fragen den Herrn Kollegen, dessen Namen wir nicht kennen, der aber nach seiner eigenen Angabe in einer Gemeinde, die zum „gesetzestreuen Verband" gehört, amtiert und deshalb mit aller Wahrscheinlichkeit zu jenem kleinen Kreis jener hessischen Lehrer gehört, die durch ihr Eintreten für den „gesetzestreuen Verband", erst diesen als solchen ermöglichten, warum er nicht schon früher mit seinen Ansichten hervorgetreten ist, warum er dann uns bekämpft und dadurch beigetragen hat, daß die Einheitsfront der jüdischen Lehrer Hessens zerstört wurde. Wir könnten noch eine Reihe weiterer Fragen stellen, doch wir wollen nur noch einmal feststellen, daß auch heute auf dieser Seite eine Wandlung sich vollzogen hat oder sich anbahnt, daß sich vielleicht in nicht allzuferner Zukunft alle hessischen Lehrer doch auf der Plattform des Landeslehrervereins zusammenfinden werden.

Ihre Vertreter innerhalb des Landesverbandes haben wiederum im vergangenen Jahre an verschiedenen Sitzungen des Oberrats teilgenommen. Es sei auch an dieser Stelle anerkannt, daß der Oberrat den größten Teil seines Etats für unterrichtliche Zwecke, verwandt hat, daß die Summe (es sind genau Mk. 20 327) entweder direkt oder auf indirekte Weise der hessischen Lehrerschaft zugeflossen ist. Wir wissen, daß diese Summe durchaus nicht ausreichend ist, der Notlage der Lehrerschaft in irgend einer Beziehung zu steuern, aber wir müssen doch anerkennen, daß z. Zt., solange eben noch die schon eingangs meines Berichtes vorhandenen Zustände weiter bestehen, kein anderer Weg möglich und gangbar ist. Auch sonst haben wir versucht, der jüdischen Lehrerschaft kleinere Erleichterungen und Verbesserungen ihres Einkommens zu verschaffen. Ich erinnere an die Frage des Katechetenunterrichts, in der durch das Ausschreiben des Ministeriums gewisse Hoffnungen erweckt wurden, die sich dann größtenteils nicht verwirklichen ließen. Es sei an dieser Stelle anerkannt, daß Herr Rabbiner Dr. Merzbach es war, der sich in dieser Sache sehr bemüht hat, wenn auch der Erfolg sehr minimal war, was ja nicht seine Schuld ist. Es kann heute, wenn ein Lehrer an zwei oder an mehr Filialgemeinden (für Unterricht im Ortssitz wird nichts bezahlt) Unterricht gibt, eine Beihilfe beantragt werden, wenn an diesen verschiedenen Orten zusammen die Zahl von sechs Kindern erreicht wird. Dies ist das einzige Zugeständnis der Regierung. Eine Eingabe, die ich machte und die ersuchte auch den Unterricht am Ortssitz des Lehrers in Anrechnung zu bringen, wurde abgelehnt.

Im Dezember vergangenen Jahres wurde es verschiedenen Lehrern durch einen Kostenzuschuß ermöglicht, an einem wissenschaftlichen Fortbildungskurs, den der bayrische Verband in Würzburg veranstaltete, teilzunehmen. Außer dem Berichterstatter waren noch drei hessische Lehrer in Würzburg. Wir haben es nur bedauert, daß nicht ein viel größerer Kreis hessischer Lehrer mit uns an jenem Kurs teilgenommen hat, denn, man kann dies ohne jede Uebertreibung sagen, der Inhalt der Vorträge und die Art und Weise der Veranstaltung und des Dargebotenen waren so über jedes Lob erhaben, daß wohl kein Teilnehmer (es waren über 130 Lehrer anwesend) ohne größere Bereicherung seines Wissens und ohne die tiefsten Anregungen empfangen zu haben, jene Tagung verlassen hat. Auch an dieser Stelle sei noch einmal dem bayr. Verband für die Veranstaltung, den bayrischen Kollegen für die Einladung und unserem Landesverband für die Gewährung des Kostenzuschusses bestens gedankt.

Ich bin am Schlusse meines Berichtes angelangt. Das Bild, das ich Ihnen auch in diesem Jahre von der Lage der hessischen Lehrerschaft entwerfen mußte, ist nicht allzu rosig und läßt auch nicht allzu große Hoffnungen für eine Besserung in baldiger Zukunft aufkommen. Wir, Ihre Vertreter im Oberrat, haben uns, das dürfen wir wahrlich ohne alle Selbstüberhebung sagen, stets bemüht all das durchzusetzen und zu erreichen, was unter Maßgabe der Verhältnisse möglich war. Daß es nicht mehr war, ist sicherlich nicht unsere Schuld. Was können und sollen wir nun für die Zukunft tun? Sollen wir den bisherigen Kurs beibehalten oder das Steuer nach einer anderen Richtung herumwerfen? Sollen wir weiterhin gemeinsam mit dem Landesverband arbeiten oder, da er in seiner nunmehr dreijährigen Wirksamkeit unsere Hoffnungen noch nicht erfüllte, ihm den Rücken kehren und unsere Politik in anderer Richtung hin orientieren? Als Realpolitiker, der sich den Blick nicht durch Mißerfolge und Rückschläge trüben läßt, kann ich Sie auch in Zukunft keinen anderen Weg führen, als den, welchen wir bisher gegangen sind. Sollte aber jemand einen besseren Weg, eine gangbarere Straße, die eher und schneller zum Ziele führt, wissen, so wollen wir gern denselben beschreiten und werden auch gerne auf die Führung verzichten. Wir haben auch heute noch, trotzdem wir stets vor falschem und unangebrachtem Optimismus warnten, den Glauben, daß eines Tages auch für die hessische Lehrerschaft bessere Zeiten kommen werden. Auch die hessische Judenheit wird eines Tages mit oder gegen ihren Willen, die Lage ihrer Lehrer so gestalten müssen, daß dieselbe nicht zurückbleibt hinter der, in welcher die übrigen Lehrer Deutschlands, durch die Gunst glücklicherer Verhältnisse, sind. Der Wille des Landesverbandes, vor allen Dingen des Oberrates, solche Verhältnisse zu schaffen, ist auch heute noch vorhanden. Deshalb gilt es für die hessische Lehrerschaft auch noch weiterhin Geduld zu üben, auszuharren unter widrigen Umständen und nicht durch Verbitterung vorzeitig die Flinte ins Korn zu werfen. Wir, Ihre Vertreter werden auch weiterhin unsere ganze Kraft, all unser Können dafür einsetzen, Ihnen zu helfen und Ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Wir können aber dies nur dann tun, wenn wir wissen, daß hinter uns die gesamte hessische Lehrerschaft in festgefügter Einigkeit und Disziplin steht. Ihre Aufgabe ist es daher, mit uns zu arbeiten und zu kämpfen, ein jeder an seinem Platze für sich und damit zugleich für unseren Stand und für das Judentum.

II. Verhandlungsbericht.

Am Mittwoch, den 8. Mai, abends 8½ Uhr erfolgte die Eröffnung der Tagung im Saale des Café „Leib", zu der die meisten Mitglieder des Vereins aus allen Teilen des Landes, sowie zahlreiche Damen und Herren der beiden israelitischen Gemeinden der Stadt Gießen erschienen sind.

Der Vorsitzende, Lehrer *Kahn*, Alsfeld, begrüßt die stattliche Versammlung, insbesondere Herrn Rabbiner Dr. Sander, (Herr Rabbiner Dr. Hirschfeld kann krankheitshalber nicht erscheinen), die Vorsteher der Religionsgemeinde und der Religionsgesellschaft: Herrn Rechtsanwalt Rothenberger und Herrn Fröhlich, sowie den Redner des Abends. Nach Worten der Begrüßung auch seitens der genannten Herren an die Versammlung erhält Lehrer Steinhardt-Magdeburg das Wort zu seinem Vortrag: *Die Krisis in der deutschen Judenheit.* Redner verglich einleitend das Judentum mit einem Baume, der, einst in grauer Vorzeit gepflanzt, allen über ihn dahin brausenden Stürmen, wenn sie auch oft genug seine Zweige und Aeste geknickt und sein Laub in alle Winde zerstreut haben, Trotz geboten hat. „Stamm und Wurzel blieben unversehrt." Aber in der Gegenwart erwecke es leider den Eindruck, als ob eine unheimliche Gewalt an der Wurzel nage und die Lebenskraft des Baumes zu versiegen drohe. Die deutsche Judenheit stehe in einer schweren Krise. Zunächst in einer solchen wirtschaftlicher Art. Die allgemeine wirtschaftliche Krise in unserem Vaterlande trete ganz besonders bei der deutschen Judenheit stark in Erscheinung. Zahlreiche Existenzmöglichkeiten, die bisher hauptsächlich in jüdischen Händen sich befunden haben, sind durch das Genossenschaftswesen und die großen Konzerne heute unmöglich geworden; statt der wirtschaftlichen Selbständigkeit überwiegt heute das Angestelltentum mit ungenügender Existenz, ungenügend vor allem zur Begründung einer Familie. Der jüdische Mittelstand, einst der eigentliche Träger der jüdischen Gemeinde, werde im harten wirtschaftlichen Kampfe zerrieben. Die Unbemittelten sind nicht in der Lage, die jüdische Gemeinde mit ihren Institutionen zu erhalten und bei unseren Reichen fehlt es am guten Willen dazu. So werden die kleinen und mittleren Gemeinden immer mehr entvölkert und sind nicht mehr in der Lage, sich zu erhalten, und den Großgemeinden fehlt der opferwillige Sinn, zu ihrer Erhaltung entsprechend beizutragen. Mischehe und Geburtenrückgang, worüber Redner gradezu erschreckende Zahlen vorliest, tragen weiter zum Zusammenbruch der kleinen Gemeinden bei, während auch in den Großgemeinden bereits die Sterblichkeitsziffer die der Geburten überwiege

Es fehle der deutschen Judenheit heute offenbar der Wille zur Selbsterhaltung. Während man in jüdisch-frommen Kreisen bislang von einer Neschomo jesseroh, gewissermaßen von einer

zweiten, höheren Seele gesprochen habe, die am Sabbat als Gast in unserem Körper weile, müsse man heute von einer zweiten, fremden, nichtjüdischen Seele sprechen, die bei uns eingekehrt sei. Diese zweite fremde Seele sei die Ueberassimilation, das einseitige sich Versenken in eine andere Kultur, die unsere jüdische zernage und zermürbe. Redner weist auf das Drama von Anski-Nadel hin, „die Pest", das vor einigen Monaten in Mannheim über die Bühne gegangen sei. Es wolle ihn bedünken, als ob Anski dieses große Problem der unbewußten fremden Seele, die die Judenheit heute in vielen Ländern bedroht, in seinem Drama habe behandeln wollen.

An den jüdischen Lehrer trete die große Pflicht heran, mit allen Kräften dahin zu streben, daß der Wille zum Judentum ein stärkerer bei der nachwachsenden Generation wieder werde; auch solle er in den noch lebensfähigen kleineren und mittleren Gemeinden nach Möglichkeit dahin streben, diese zu erhalten. Wohl bedeute die antisemitische Bewegung in der Gegenwart eine große Gefahr für die deutschen Juden, aber diesen äußeren Feind brauchen wir dennoch nicht in dem Maße zu fürchten: „Judenfeinde hat es zu allen Zeiten gegeben". Der schlimmere Feind sei der innere: Der mangelnde Wille zum Judentum. Ihn zu besiegen müssen alle Kräfte aufgeboten werden.

In der sich daran schließenden Besprechung, an der sich Herr Rabbiner Dr. Sander, Herr Mannheimer und Herr Lehrer Bick-Michelstadt beteiligen, weist letzterer mit trefflichen Worten auf den Glauben an die Haschgocho, an das Walten der göttlichen Vorsehung hin, der die Kraft verleihe, die Jugend wieder mit jüdischem Geiste zu erfüllen. In seinem Schlußworte äußert sich Redner dahin, daß dieser Glaube an die Haschgocho durchaus nicht im Widerspruch zu seinen Ausführungen stehe, denn der Wille zum Judentum setze diesen Glauben als ganz selbstverständlich voraus. Auf eine bezügliche Bemerkung Herrn Dr. Sanders erwidert er, daß ihm ferner jeder Pessimismus in jüdischen Dingen fern liege; aber ein noch so großer Optimismus entbinde uns nicht der Pflicht, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Das sei auch die Art unserer großen jüdischen Propheten gewesen, die man ganz gewiß nicht als Pessimisten bezeichnen könne.

Mit sichtlichem Interesse hatte die zahlreich erschienene Zuhörerschaft aus allen Kreisen der beiden Gießener Gemeinden die Ausführungen des Redners begleitet, die sicher noch lange Gegenstand der Erörterung innerhalb der Gemeinde bilden werden.

Nach Schluß des sehr schön und anregend verlaufenen Begrüßungsabends beraten die Vereinsmitglieder nochmals über den „Anschluß an den Reichsverband". Schon bei der vorjährigen Tagung in Offenbach war der Vorstand beauftragt worden, den Anschluß zu vollziehen. Nach einem Bericht des Vorsitzenden und einer Erklärung des Kollegen Steinhardt über die vom Verein geforderte Statutenänderung des Reichsverbandes wird wiederholt einstimmig beschlossen dem Reichsverbande beizutreten.

Am Donnerstag, den 9. Mai, vormittags 8½ Uhr, findet die Eröffnung der Tagung im Café „Ernst Ludwig" statt.

Anwesend sind 40 Mitglieder und als Gäste die Herren Rabbiner Dr. Sander, Rabbiner Dr. Hirschfeld, Rechtsanwalt Rothenberger, H. Fröhlich-Gießen, Steinberger-Alsfeld und Rechtsanwalt Dr. Stahl-Bad Nauheim.

1. Der Vorsitzende schlägt vor, Punkt 3 der Tagesordnung, „Wahl eines Vorstandsmitgliedes" zuerst zu erledigen; der Vorschlag wird angenommen und Kaufmann-Schotten durch Acclamation gewählt.

2. Der Vorsitzende erstattet über das abgelaufene Geschäftsjahr den **Rechenschaftsbericht:** (siehe oben!)

Es schließt sich eine eingehende Aussprache an, woran sich die Herren Heß, Dr. Hirschfeld, Rothenberger, Fröhlich, Stern, Fuld, Steinberger, Bick, Dr. Sander, Kahn-Höchst, Simon, Kahn-Alsfeld, Müller und andere beteiligen. Müller-Bensheim empfiehlt die Fibel des Kollegen Rosenberger-Ladenburg und beantragt, den Herausgeber zu einem Referat, wozu dieser gern bereit ist, für die nächstjährige Versammlung einzuladen. Der Vorstand nimmt davon Notiz.

Kaufmann-Schotten bemängelt das Fehlen eines Referats von einem Vereinsmitglied und fordert, daß bei jeder Tagung mindestens von einem Mitglied ein Vortrag aus dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts, vorzugsweise des jüdischen Religionsunterrichts gehalten werde.

Die anregende Debatte, die in eingehender Weise zu allen im Geschäftsbericht angeschnittenen Fragen Stellung nimmt, wird damit geschlossen und festgestellt, daß die Mitglieder die Arbeit der Vereinsleitung anerkennen und billigen und dem Vorstand in seiner weiteren Tätigkeit vollstes Vertrauen entgegenbringen.

3. Kollege Sulzbacher, der Vereinsrechner, trägt die Jahresrechnung vor, die mit einem Kassebestand von 740,58 RM. abschließt. Der Verein hat 52 Mitglieder; davon gehören der innerhalb des Vereins bestehenden Sterbekasse, die einen Kassebestand von 1668,54 RM. aufweist, nur 42 Mitglieder an. Es ist unbegreiflich, warum 10 Mitglieder sich dieser schönen Einrichtung fernhalten.

Der Jahresbeitrag wird für 1930 auf 7.— RM. erhöht. Eine Satzungsänderung durch Aufnahme des Zusatzes: „Der Verein ist Mitglied des Reichsverbandes jüdischer Lehrer" wird einstimmig angenommen.

Als Delegierte werden gewählt: a) zur Ausschußsitzung des Reichsverbandes in Leipzig: Kahn-Alsfeld; Stellvertreter Bick-Michelstadt; b) zum Verbandstag in Berlin: Kahn-Alsfeld, Marx-Gießen; Stellvertreter: Bick-Michelstadt, Müller-Bensheim.

4. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Dr. R. Stahl-Bad Nauheim „Von deutsch-jüdischer Jugend". Herr Rechtsanwalt Dr. Rudolf Stahl (Bad Nauheim) gibt in seinem Referat einen Ueberblick über die bestehenden deutsch-jüdischen Jugendorganisationen, wobei er zwischen den religiös eingestellten und den anderen unterscheidet. Zur letzteren Gruppe gehört auch der vom Zentralverein ins Leben gerufene Jugendausschuß. Vor allem ist aber hier an die ausgesprochene Jugendbewegung zu denken, über deren Wollen und Wesen der Referent ausführlicher spricht. Hier ist am deutlichsten das Charakteristische an der heutigen deutsch-jüdischen Jugend zu spüren; nämlich ein starkes zur praktischen Tätigkeit drängendes, jugendliches Wollen; ein starkes jüdisches Wollen, dem nicht immer ein gleich starkes jüdisches Können gegenübersteht, das aber vom Bewußtsein der Gesamtverbundenheit aller Juden getragen ist; ein starkes jüdisches Selbstbewußtsein, das sich der jüdischen Werte bewußt ist; aber auch ein ebenso bewußtes Verbundenheitsgefühl mit deutscher Kultur und deutscher Landschaft aufweist.

Die Lehrer müssen in diesem Ringen der Jugend zunächst einmal die veränderte Situation der heutigen Jugend erkennen, dann aber den vorhandenen jungjüdischen Strömungen zur Wirksamkeit verhelfen, auch gegen die in den Organisationen noch vielfach herrschenden älteren Anschauungen. Diese Mittlerstellung zwischen Alt und Jung sei das, was die Jugend als die Aufgabe der Lehrer in dieser Frage betrachtet.

Der Vortrag findet reichen Beifall, und die lebhafte Aussprache zeigt, mit welch großer Aufmerksamkeit die Versammlung den interessanten Ausführungen des Referenten gefolgt war und führt zu mancherlei wertvollen Anregungen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schließt die schön und harmonisch verlaufene Tagung.

Die Teilnehmer folgen dann noch einer Einladung der beiden Gießener Gemeinden ins Hotel Grünewald, wo zur Würze des Mahles noch manches schöne Wort gesprochen und den anwesenden Vertretern der Religionsgemeinde und der Religionsgesellschaft, den Herren Rothenberger und Fröhlich, für die überaus gastfreundliche Aufnahme und den Kollegen Marx und Klein für die Vorarbeiten zur Gießener Tagung der Dank des Vereins zum Ausdruck gebracht wird.

Der Vorsitzende: Kahn. — Der Schriftführer: Kaufmann.

Luxus auf jüdischen Friedhöfen.

Die Ueberschrift dieses kurzen Artikels klingt zwar verwunderlich. Es muß aber einmal mit aller Deutlichkeit über diese Angelegenheit gesprochen werden. Immer mehr und mehr reißt nämlich die bedauerliche Gepflogenheit bei uns Juden ein, den Verstorbenen auffallende und kostspielige Grabdenkmäler zu errichten. Geht man über einen neuzeitlichen jüdischen Friedhof, dann gewinnt man häufig den Eindruck, als ob die eine Familie die andere zu überbieten suchte, durch die Errichtung auffallender, kostspieliger, ja oft protziger Grabsteine über der letzten Ruhestätte der Familienangehörigen. Zweifellos spricht ja hierbei in vielen Fällen das Verlangen mit, die Verstorbenen zu ehren und das liebevolle Gedenken an sie über das irdische Scheiden hinaus zu bekunden. Wir Juden durften uns aber mit gutem Recht schon seit fast zwei Jahrtausenden darauf berufen, daß wir gegenüber der majestätischen Gewalt des Todes die Gleichheit aller Menschen verkünden und in unseren bezüglichen Bräuchen keinen Unterschied kennen zwischen Reich und Arm, zwischen Hoch und Niedrig. Schon in den Tagen des Rabbi Gamaliel, der im zweiten Jahrhundert unserer Zeitrechnung lebte, war durch dessen letzten Willen bei uns Juden der Brauch eingeführt worden, daß alle Verstorbenen in der gleichen, einfachen, linnenen Sterbegewandung, wie es noch heute üblich ist, zur letzten Ruhe beigesetzt würden. Als es dann Brauch wurde, die Heimgerufenen in Särgen beizusetzen, wählte man wiederum in heiliger Scheu und mit tiefem

Verständnis für die Gleichheit der Erdgeborenen im Tode die aus einfachen Brettern gezimmerte Lade, die in gleicher Weise die sterblichen Reste der Menschen bergen sollte. Ueberwältigend durch die Schlichtheit und Gleichheit wirkt da, wo es noch ungeändert und unverfälscht erhalten geblieben ist, die große Zahl der schlichten Grabsteine, die sich wie eine gewaltige Menschenmenge um die Majestät des Todes versammelt zu haben scheint. Auch bei dieser Schlichtheit bleibt noch ein Spielraum für die künstlerische Eigenart, für den Pietätwillen und die persönliche Neigung der Grabmal-Erbauer; es braucht also durchaus nicht in öder Weise uniformiert zu werden: Farbe oder Ton sowie Qualität des Materials, Beschriftung und schlichtnatürlicher Schmuck geben ausreichend Gelegenheit zu unterscheidender Ausgestaltung der Grabdenkmäler.

Wenn die Hinterbliebenen das Andenken ihrer Verstorbenen durch eine besondere Leistung ehren wollen, dann sollte dies viel richtiger dadurch geschehen, daß sie eine wohltätige Stiftung auf den Namen des Heimgerufenen errichten. Die Zinsen dieser Stiftung könnten dann alljährlich am Jahrzeittage des Heimgerufenen Verwendung finden, und zwar zu einem Zweck, der dem Sinn des Verewigten entspricht. In einer Zeit der sozialen Not, wie wir sie gegenwärtig zu verzeichnen haben, ist tätige Mithilfe an den Lebenden sicherlich zugleich die würdigste Art der Ehrung der Toten. Es kommt auch soziales Empfinden dabei zum Ausdruck, wenn man — obwohl man sich größere Ausgaben gestatten könnte — sich Mäßigung auferlegt und dem weniger Bemittelten das bedrückende Gefühl erspart, daß er einem lieben Heimgerufenen nur ein recht einfaches Grabmal setzen könne, während in der Nachbarschaft ein Vermögen für die Errichtung eines Prunkmals verausgabt wurde.

Die Ausführung dieser Gedanken und die daraus sich ergebende Anregung auf einfachere und gleichmäßige Grabgestaltung sind für die Gemeinde Mainz um so angebrachter, als auf dem Friedhof der israelitischen Religionsgemeinde Mainz gerade jetzt die Belegung eines neuen Gräberfeldes begonnen wurde und hier nicht nur die Grabrichtung nach Osten durchgeführt wird, sondern zugleich auch von Anfang an die Schlichtheit in der Denkmalgestaltung einheitlich durchgeführt werden kann. Das neue Gräberfeld erstreckt sich in Fortsetzung des bisherigen Friedhofes auf der Höhe nach Westen und stellt in seiner Wegabgrenzung ein völlig neues und in sich geschlossenes Grabgelände dar.

An alle Familien, welche durch Gottes Willen auf diesem neuen Gelände Gräber erwerben müssen, ergeht deshalb schon heute der Appell, dem obigen Gedanken zur Verwirklichung mitzuverhelfen, durch welche einer schönen alten Ueberlieferung des Judentums Ausdruck gegeben wird, und sich vor etwaigen Verhandlungen mit Steinmetzen über den Erwerb von Grabdenkmälern mit dem Büro der Gemeinde oder dem Rabbinat in Verbindung zu setzen. Uebermäßig auffallende, durch Ausmaß und Kosten hervortretende Grabdenkmäler sollen nach dem Wunsche des Gemeindevorstandes auf dem genannten neuen Gräberfeld keine Aufstellung finden.

Judenfriedhof in Galizien.

Aus unseren Verbandsgemeinden.

Friedberg. Am 7. Mai d. J. hielt Herr Lehrer Ehrmann im kleinen Hörsaal des Polytechnikums einen Vortrag über seine Eindrücke von einer jüngst beendeten Palästinareise. Der Redner leitete seinen Vortrag mit dem Gedanken ein, daß Palästina das Land der Sehnsucht der Bekenner der drei monotheistischen Religionen, der Christen, Juden und Mohammedaner sei; dieses Gefühl habe auch ihn beseelt bei seiner Ausreise nach dem Lande der biblischen Gestalten, dessen Geschichte und Religion er in seiner 50jährigen Lehrertätigkeit seinen Schülern vorgetragen habe. Aber nicht nur ein historisch-religiöses Interesse habe ihn geleitet, sondern auch der Wunsch, die wirtschaftlichen Verhältnisse des modernen Palästina kennen zu lernen, sei in ihm rege gewesen. Er schilderte dann eingehend die Geschichte der modernen jüdischen Kolonisation in Palästina seit ihren Anfängen in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zur Errichtung des englischen Palästina-Protektorates am Ende des Krieges. Heute lebten ca. 30 000 jüdische Kolonisten auf eigener Scholle und versuchten, durch ihren Fleiß und ihre Kenntnisse das Land kulturell und wirtschaftlich zu heben. Die erstaunlichsten Fortschritte dieser Arbeit fielen gleich bei der Landung in der neuangelegten Hafenstadt Tel-Aviv mit seinen Hotels und europäischen Straßen und Häusern auf; gerade diese Stadt habe als Handels- und Badestadt eine große Zukunft, besonders auch, weil ihr Hinterland mit 50 000 Einwohnern wirtschaftlich nach ihr tendiere. Im weiteren Verlaufe seines Vortrages schilderte Herr Lehrer Ehrmann eine Reihe interessanter persönlicher Eindrücke und Erlebnisse auf seiner Reise nach dem Innern des Landes. Jerusalem, eine moderne Stadt mit ihren zahlreichen Ueberresten einer großen historischen Vergangenheit erstand aus seinen Schilderungen vor dem geistigen Auge der Zuhörer. Das Tote Meer in seiner düsteren Erhabenheit und salzgesättigten Atmosphäre, das noch wirtschaftlich und technisch unerschlossene Jordantal und manche andere biblische Stätten wurden von dem Redner lebendig geschildert; besonders auch die landschaftlich reizvollen Gegenden am See Genezareth und ihr wirtschaftlicher Wert wurden von ihm hervorgehoben. Auf Grund seiner Beobachtungen während seiner Reise durch das Land, die ihn die Lebens- und Arbeitsweisen der jüdischen Kolonisten verstehen ließen, hielt der Redner die landwirtschaftliche Zukunft des Landes für gesichert, während er seine intensive Industrialisierung bei dem Mangel an Erzen und Kohlen für unmöglich hielt. Der Redner schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Hoffnung, daß sich Palästina besonders durch die tatkräftige Arbeit der jüdischen Kolonisten segensreich entwickeln möchte.

Worms. Bei der Vorstandswahl am 5. Mai d. J. wurden zu Mitgliedern des Vorstandes der israelitischen Religionsgemeinde

auf 6 Jahre die Herren Sanitätsrat Dr. Leopold Nickelsburg, Dr. Clemens Goldschmidt, Sigmund Liebmann, Max Guggenheim wiedergewählt und Herr David Goldschmidt neugewählt. — Die Wahlbeteiligung war eine sehr lebhafte.

Mainz. Wie aus der obigen offiziellen Mitteilung ersichtlich ist, soll das Jubiläum des Herrn Kommerzienrat B. A. Mayer durch eine Feier in der Hauptsynagoge und durch ein Zusammensein im Rheingoldsaal der Stadthalle festlich begangen werden. Durch die synagogale Feier, welche mit dem Vorabendgottesdienst des Schowuaus-Festes verbunden wird, soll den weitesten Kreisen der Gemeinde Gelegenheit gegeben werden, ihre Dankbarkeit für die uneigennützige und aufopfernde Arbeit des Jubilars am Gemeindewohl zu bekunden. Wie wiederholt schon bei früheren Anlässen, so hat auch diesmal Herr B. A. Mayer der Gemeinde eine sinnige Gabe zu eigen gemacht: Er hat ein neues Porauches, eine Schulchan- und Kanzeldecke, welche für das Schowuausfest bestimmt sind, anfertigen lassen. Diese heiligen Gaben sollen bei diesen Vorabendgottesdienst des Schowuausfestes ihre Weihe erfahren.

Gelegentlich des Zusammenseins sollen sich die männlichen Mitglieder der Gemeinde zwanglos mit dem Jubilar zusammenfinden. Die wirtschaftliche Not, die über unserer Zeit liegt, hat den Plan, eine große Festlichkeit zu veranstalten, als unangebracht erscheinen lassen, weil man erhebliche Kosten für die Teilnehmer vermeiden wollte. Die männlichen Gemeindemitglieder aus allen Kreisen werden sich so im einfachen Rahmen und mit Freude zur Abendfeier versammeln.

Durch verschiedene geistige Darbietungen soll der Bedeutung des Jubiläums Ausdruck gegeben werden.

Mainz. Im Verfolg seines Winterprogramms hat der Jüdische Jugendverein Mainz in regelmäßiger Folge seine Heimabende und Freitagabende fortgesetzt. Gelegentlich des Purimfestes fand ein gemütliches Beisammensein im Heim statt, das sehr stimmungsvoll verlief. Für Gaumen und Magen war bestens gesorgt. Aug und Ohr kamen auf ihre Kosten bei den vorzüglichen Kleinkunstdarbietungen, die von Vereinsmitgliedern bestritten wurden, und auch die Tanzbeine kamen nicht zu kurz. — Der Jüdische Jugendverein arrangierte im März ein Führertreffen in Bingen, wo über das Thema „Judentum, Arbeit und Recht" nach den diesbezüglichen Referaten eine rege und fruchtbare Aussprache stattfand. Hervorgehoben seien die Vorträge über „Jugendwohlfahrt und Jugendrecht" sowie über „Jüdische Fürsorgeeinrichtungen, insbesondere in Mainz", die in dankenswerter Weise von den Herren Oberinspektor Schlösser und Kantor London übernommen waren und in sachkundiger Weise belehrten. Mit den jüdischen Vereinen zusammen, die bereits im vergangenen Jahr eine Vortrags-Arbeitsgemeinschaft gebildet hatten, veranstaltete der Jüdische Jugendverein einen Vortrag des Herrn Landau-Wiesbaden „Die geistige Krisis im Judentum der Gegenwart" mit Aussprache. — Im April begann Dank der freundlichen Bereitwilligkeit des Herrn Rabbiner Dr. Levi eine stark frequentierte Arbeitsgemeinschaft, von der eine ganz außerordentliche Förderung des geistigen Lebens im Verein ausgehen kann und sichtlich ausgehen wird. Die Mitarbeit des Herrn Rabbiner buchen wir als eine besonders erfreuliche und anerkennungswerte Tatsache. An Pessach ist es uns trotz mancherlei anfänglicher Schwierigkeiten gelungen, einen gemeinsamen Sederabend zustande zu bringen, der 20 Jungens und Mädels zum Seder vereinigte. Der Abend wurde wohl jedem Teilnehmer ein religiöses Erlebnis. Auch an dieser Stelle sei der Gemeinde für ihre Beihilfe gedankt. Mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit haben unsere Fahrten wieder eingesetzt. P.

Mainz: Die letzten Monate zeigten ein erfreuliches Zunehmen der Vereinstätigkeit und ein gesteigertes Interesse der Mitglieder an dem Leben der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten. Ende Januar wählte die Generalversammlung einen neuen Vorstand bestehend aus den Kameraden: Benny Levy (1. Vorsitzender), Dr. Ladenburg (2. Vorsitzender), Max Waldmann (Schriftführer), J. Joseph (Schatzmeister), sowie die Kameraden Dr. Stern, Löwensberg und Fridberg als Beisitzer. Die neue Leitung wußte die Mitglieder in stattlicher Anzahl bei den am 1. Mittwoch jeden Monats stattfindenden Stammtischabenden zu versammeln und damit das gesellige Zusammensein der Kameraden zu heben. In gemütlicher Aussprache konnten sich die Kameraden über innerjüdische und allgemeinpolitische Fragen aussprechen und gegenseitig näher kommen. Zur Hebung der Kameradschaftlichkeit trug wesentlich der als Abschluß der Winterzeit im Cabarett Sanssouci abgehaltene Herrenabend bei, der auch guten Besuch der benachbarten Ortsgruppen aufwies. Zum harmonischen Verlauf dieses Festabends trugen neben den Mitgliedern des Cabaretts, die von den Mitgliedern verfaßten Lieder bei, und nicht zuletzt die von Kamerad Fridberg, dem Leiter des Abends, vorgenommene amerikanische Versteigerung einer Kiste Sekt und einer Kiste Wein zu wohltätigen Zwecken.

In den kommenden Wintermonaten hofft man den Kameraden an geistigen Anregungen mehr bieten zu können, als es die kurze Zeit nach Fastnacht in dem zu Ende gegangenen Winter ermöglichte, in der man nur zwei Vortragsabende veranstalten konnte, die allerdings sehr hoch standen. Kamerad Dr. Kann, der Vorsitzende unseres Landesverbandes, sprach im Monat März über das Thema: „Was lernen wir aus den Friedhofsschändungen", während unser hiesiger Kamerad Dr. Fritz Lehmann im Monat April über die Entwicklung der Orthodoxie nach der Emanzipation sprach. Kamerad Dr. Kann schilderte in stark empfundenen Worten die Schmach der fortgesetzten Friedhofsschändungen in Deutschland, und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die dadurch hervorgerufene Demütigung unter allen Juden das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken müsse in einer Front stolzer Zurückhaltung sowie steifnackiger Bereitschaft. Kamerad Dr. Lehmann schilderte von dem neutralen geschichtlichen Standpunkt aus die Entwicklung der Orthodoxie, ausgehend von den Führern der Bewegung Hildesheimer, Hirsch und Lehmann und begründete deren geistige Einstellung aus der Assimilationsbewegung des vorigen Jahrhunderts.

Während der Sommermonate plant die Ortsgruppe des Reichsbund jüdischer Fronsoldaten einen Abend im Freien gemeinschaftlich verbringen zu können, während daſ Turnen der Knaben- und Mädchenriege genau wie im Winter fortgesetzt wird. Durch ein gemeinsames Abkommen mit dem hiesigen Jugendverein wird auch den Kameraden selbst Gelegenheit gegeben werden, Leichtathletik zu treiben.

Mainz. Der Architekt Ossip Klarwein, Sohn des Herrn Moritz Klarwein in Mainz, nimmt heute eine führende Stellung unter den Architekten Deutschlands ein. Er ist bei der bekannten Architektenfirma Höger in Hamburg tätig. Seine Entwürfe erhielten wiederholt die ersten Preise und die Bauausführung, so das Oetker-Haus in Bielefeld, das Rathaus in Rüstringen u. a. m. Neuerdings hat die Firma Höger für den Entwurf ihres Architekten Klarwein den ersten Preis und die Bauausführung der Bauten erhalten, die die J.G.-Farben Gesellschaft in Berlin für Verwaltungs- und Repräsentationszwecke errichten läßt. Dieser Erfolg des jungen Mainzer Künstlers ist umso höher zu bewerten, als er bei diesem Wettbewerb mit den fünf bedeutendsten Architekten Deutschlands, darunter Namen wie Poelzig und Mendelsohn, in Konkurrenz stand.

Mainz. Das Mitglied unseres Oberrats, Herr Isaac Oppenheimer aus Gau-Bickelheim, hat seinen Wohnsitz von Wallertheim nach Mainz verlegt. Bei dem anläßlich des Einzuges in die neue Wohnung veranstalteten Lernen kam sowohl das Bedauern der Gemeinde Wallertheim über den Fortzug des Herrn Oppenheimer zum Ausdruck, wie auch die Hoffnung der Mainzer Gemeinde, daß Herr Oppenheimer in seiner bekannten Begeisterung für jüdische Angelegenheiten nunmehr sich dem Landesverbande der israelitischen Religionsgemeinden Hessens, wenn möglich, noch intensiver zur Verfügung stellen wird.

Aus der Geschichte der Juden im Volksstaate Hessen.

Von Josef Marx, Gießen.

I.

Wann sich die Juden in Hessen niedergelassen haben, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen, aber schon im Jahre 1387 kommen sie urkundlich vor. Vor dem 15. Jahrhundert war den Juden Hessens der Aufenthalt an einem Orte auf längere Zeit nicht gestattet. Erst von dieser Zeit an wurde ihnen das Wohnen an demselben Platze auf mehrere Jahre erlaubt.

Landgraf Philipp der Großmütige (1509—1567) wollte im Jahre 1524 alle Juden aus Hessen vertreiben. Er ließ daher ein Ausschreiben an alle Beamten ergehen, das besagte, daß sie in ihrem Amtsbezirke keinen Juden wohnen lassen und den benachbarten Edelleuten andeuten sollten, sie dürften keinen Juden halten. Dieses Gebot scheint jedoch nicht lange ausgeführt worden zu sein, denn schon im Jahre 1532 erschien eine neue Verordnung Philipps, daß allen Juden im Fürstentum ein weiterer Aufenthalt von sechs Jahren gestattet sei. Nach Ablauf dieser Frist ging der Landgraf mit dem Plane um, die Juden auf längere Zeit, vielleicht auf immer wieder aufzunehmen. Er gab auch die Bedingungen bekannt, unter denen man sie dulden könne. Auf die von den Juden dagegen gemachten Einwendungen gab Landgraf Philipp am 13. Dezember 1538 seinem Stadthalter, Kanzler und Räten Kenntnis von dem Schreiben der Juden und fügte hinzu, er habe in Erfahrung gebracht, daß etliche Juden seinen Untertanen mehr Liebes und Gutes mit Leihen und Vorstrecken getan und weniger Wucher genommen hätten als die Christen. Er habe

auch nirgends in der Schrift gefunden, daß man sie ganz vertreiben solle. Die „Gelehrten" machten schwere Bedenken geltend und wollten die Juden gar nicht dulden, oder nur unter sehr harten Bedingungen. Unterm 25. Dezember 1538, nachdem Philipps Räte ihm dieses Bedenken übermittelt hatten, mit der Zusatzbemerkung, daß sie in Wahrheit und nach bestem Gewissen nichts daran zu ändern wüßten, antwortete Landgraf Philipp im Sinne seines ersten Schreibens, daß er auf den Rat seiner Gelehrten, der gleichbedeutend sei mit einer Vertreibung der Juden, nicht eingehen könne, sondern dieselben noch weitere zwei Jahre dulden wolle, um zu sehen, wie sie sich anschicken.

1539 erließ Landgraf Philipp eine „Juden-Ordnung", in der unter anderem in Punkt 5 über den jüdischen Handel bestimmt wurde: „sollen ziemlicher weise kauffen und verkauffen, doch in den stetten und orten da kein Zunfte sein, oder da sie die Zunfte leiden. Doch sollen sie es wahr nicht verteuren, sondern um ehnen zimlichen billichen pfennig geben, wie es inen unsere beampten oder Burgermeister und Rath setzen würden."

Bei Darlehen wurde gestattet, 5 fl. von 100 fl. zu nehmen. Wer mehr nähme, solle der geliehenen Summe wie der Hälfte seines Vermögens verlustig gehen. Da die Ordnung von 1539 nicht ganz beachtet wurde, erschien 1543 eine Erläuterung der „Judenordnung", in der die früheren Bestimmungen nochmals eingeschärft wurden. Unter Papst Nikolaus 3. (1277—1280) mußten „Franziskaner- und Dominikanermönche Bekehrungspredigten halten, zu denen sich jeweils die ortsansässigen Juden einzufinden hatten, und diese Bemühungen fortsetzen, bis ein Erfolg ersichtlich würde." Auch in Hessen waren die Juden gezwungen, in ihren Synagogen oder in Kirchen solche Bekehrungspredigten anzuhören. Deshalb wurden die Pfarrherren angewiesen, darauf zu achten, daß die „Juden, ihre Weiber und Kinder" die Predigten nicht versäumten. Da die Juden die Kirchen nicht besuchen wollten, wurden von den Geistlichen hier und da sogenannte „Judenpredigten" gehalten. Den Pfarrherren wurde außerdem zur Pflicht gemacht, die Religionsbücher der Juden zu prüfen, ob sie nichts gegen den christlichen Glauben enthielten. Sollte ein Pfarrer des Hebräischen nicht kundig sein, „so muß man die Bücher gein Marburgk schicken, und daselbst davon judizieren lassen."

Ohne Zweifel haben sich damals die Juden auch durch ihre Kleidung von den Christen unterscheiden müssen, denn die Reichspolizeiverordnung vom Jahre 1530 tit.: 32,51 bestimmte: es sollen die Juden einen gelben Ring an dem Rock oder Kappen, allenthalben unverborgen, zu ihrer Erkenntnis öffentlich tragen."

Nach dem Tode des Landgrafen Ludwig Philipp zeigte sich sein jüngster Sohn und Regierungsnachfolger Ludwig Wilhem IV. der Weise zu Kassel, dem Niederhessen und Kassel zugefallen war, sehr nachsichtig gegen die Juden. Vor allem wurde die Judenordnung von 1539 erneuert. Als er das Buch des Judenfeindes und Pfarrers Nigrinus zu Gießen gegen die Juden gelesen hatte, schrieb er seinem Bruder, dem Landgrafen in den Landen an der Lahn, Ludwig IV. zu Marburg, er möge sich durch das juden-feindliche Buch nicht beeinflussen lassen, sondern dem Nigrinus die Herausgabe weiterer gehässiger Schriften untersagen, da auch sein geliebter Vater seinen Theologen nicht gestattet habe, wider andere Bücher zu schreiben. Als 1566 auf dem Landtage zu Treysa die Steuern festgesetzt wurden, wurde a. a. auch bestimmt, daß die Juden im Oberfürstentum Hessen jährlich ein Pferd zur Festung Gießen zu stellen hatten. Diese Verpflichtung wurde aber in Geld abgelöst, sodaß man nun in zwei Terminen, immer zur Zeit der Frankfurter Messe, 25 Goldgulden zu entrichten hatte.

Landgraf Georg I. (1567—1596) war den Juden durchaus nicht gewogen. Ihn beherrschte der Gedanke, daß durch den übertriebenen Wucher und Zinsenbezug der Juden seine Untertanen ausgesogen würden. Er erließ am 1. Januar 1585 eine strengere Judenordnung. Außer der Versicherung durch ihren jüdischen Eid, sich jeder Lästerung „wider unsern Erlöser und die christliche Religion" zu enthalten, wurde den Juden zur Pflicht gemacht, „Jre Wahre nicht vertheuern noch dieselbige Unseren Underthanen höher uftringen oder annschlagenn, als sie sonstenn bey Christen gultig ist." Außerdem „söllen sie alle Jre Hendell ufrichtig treiben, mit keinenn verzinslichen Practicken oder Finanzen umbgehen."

Trotz aller Drangsalen vermehrten sich die Juden. Die Kriegszeiten lenkten die Regierungshandlungen nach anderen Richtungen hin und so geschah seit dem Regierungsantritte Ludwigs V. des Getreuen (1596—1626) nichts gegen sie. Daß er aber die Juden und ihre Verhältnisse nicht aus den Augen ließ, dafür bürgt die nach dem Tode dieses Fürsten (1626) auf seiner Schreibtafel gefundene Bemerkung: „Die Juden aus Gießen und Marburg fortzuweisen."

(Fortsetzung folgt.)

Verbände und Vereine.

Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden veranstaltete gemeinsam mit dem **Landesverband für jüdische Wohlfahrtspflege in Hessen und Hessen-Nassau** und der **jüdischen Wohlfahrtspflege in Frankfurt a. M.** am 12. und 13. Mai d. J. in den Räumen der Frankfurt-Loge eine Bezirkstagung für West- und Süddeutschland. Die unter Leitung der Herren Rabbiner Dr. Horowitz und Bloch-Frankfurt geführten Hauptverhandlungen des ersten Tages galten dem Thema „Planwirtschaft in der Wohlfahrtsarbeit". Die einzelnen Sachgebiete waren auf folgende Referate verteilt: Justizrat Dr. Straus-München: Zur Planwirtschaft in der Mittelbeschaffung und Mittelverwendung. Frieda Weinreich-Berlin: Zur Planwirtschaft im Anstaltswesen und in der Erholungsfürsorge. Dir. Dr. Rothschild-Dinslaken: Zur Planwirtschaft im Anstaltsbetriebe.

In den Referaten wie in der Aussprache am zweiten Tage wurde einmütig und nachdrücklich hervorgehoben, daß die planmäßige Gestaltung der Wohlfahrtsarbeit eine dringende Forderung sei. Dazu drängt auf der einen Seite die Knappheit der Mittel, andererseits das „wirtschaftliche Prinzip", zu dessen Anwendung die Träger der Wohlfahrtspflege nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern mehr noch aus sozial-ethischen Gründen verpflichtet seien. Die Versammlung faßte Entschließungen, welche den Rahmen abstecken für die Arbeit, die die Zentralwohlfahrtsstelle in Gemeinsamkeit mit allen übrigen Stellen auf dem Gebiete der Planwirtschaft der jüdischen Wohlfahrtspflege in der nächsten Zeit zu leisten haben wird.

Die öffentliche Versammlung, die am ersten Abend stattfand, gab den Ausführungen von Herrn Dr. Baeck-Berlin, Frau Bettina Brenner-Leipzig, Herrn Dr. Straus-München und Herrn Dr. Horowitz-Frankfurt a. M. einen starken Widerhall. Sie war eine Kundgebung im Sinne einmütiger Verpflichtung der jüdischen Gesamtheit zur jüdischen Arbeit.

Von allgemeiner Bedeutung war auch die Aussprache des „Sozialen Ausschusses des Allgemeinen deutschen Rabbinerverbandes" über das Thema: „Rabbiner und Jugend". (Rabbiner Dr. Prinz-Berlin und Dr. Franz Wolf-Frankfurt a. M. über: „Rabbiner und Jugendbewegung"; Rabbiner Dr. Max Grünwald-Mannheim und Dr. Georg Lubinski-Berlin über: „Rabbiner und Jugendpflege"). Eine Sonderbesprechung galt der brennenden Frage des Nachwuchses jüdischer Krankenschwestern. Die günstig begonnenen Verhandlungen über diesen Gegenstand werden demnächst fortgeführt werden.

Im Rahmen der Tagung fanden ferner unter Vorsitz von Dr. Baeck-Berlin eine Sitzung des Gesamtvorstandes der Zentralwohlfahrtsstelle, — in der vor allem der Tätigkeits- und Kassenbericht entgegengenommen wurde —, sowie eine Besprechung der aktiven Mitarbeiter der jüdischen Wohlfahrtsstellen statt. Beide Sitzungen gaben, wie überhaupt die gesamte Tagung, eine Fülle neuer Anregungen und wiesen der Zentralwohlfahrtsstelle Wege zu neuen Lösungen ihrer Aufgaben. Ungemein lehrreich und anregend waren die Besichtigungen des Westendheims in Frankfurt a. M. (Direktor Verleger) und des Heims des Jüdischen Frauenbundes in Neu-Isenburg.

Israelitischen Passagieren der **Hamburg-Amerika-Linie** ist es häufig unbekannt, daß sie während der Seereise nach und von New-York auf Verlangen eine nach **rituellen Vorschriften zubereitete Verpflegung** erhalten können. Damit die entsprechende Vorsorge in ausreichendem Umfang getroffen werden kann, empfiehlt es sich jedoch, daß diejenigen Reisenden, die auf koschere Zubereitung der Mahlzeiten Wert legen, ihre speziellen Wünsche rechtzeitig vor der Abfahrt bei der Hamburg-Amerika-Linie bekannt geben. Die Einrichtung der rituellen Verpflegung jüdischer Hapag-Passagiere steht unter dauernder Aufsicht des Hamburger Oberrabbiners.

Der Verband jüdischer Jugendvereine Deutschlands konnte im März 1929 auf sein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand vom 15.—17. März in Berlin, dem Gründungsort, eine Feier statt, zu der sich zahlreiche Verbandsmitglieder aus allen Gauen Deutschlands vereinigten. Mit einer Freitagabendfeier im engeren Kreis und mit Werbeveranstaltungen nach außen eingeleitet, gipfelte sie in einem Festakt, zu dem Vertreter aller jüdischen Organisationen in der Berliner Gemeinde erschienen. Künstlerische Darbietungen umrahmten die drei Referate über „Der Verband im Leben der deutschen Judenheit". Den eindrucksvollen Tag beschloß ein Festabend im Logenhaus.

Der hessische Landesverband der jüdischen Jugendvereine veranstaltete zusammen mit dem Verein Montefiore in Frankfurt am 24. März eine offizielle Feier aus dem gleichen Anlaß. Der Festakt in der Frankfurtloge vereinigte die Verbandsfreunde von nah und fern; es war wirklich eine Stunde der Weihe. Es sprachen über „Deutscher Juden Zukunft" Dr. Gustav Löffler, einer der Gründer des Verbands, über „Deutscher Jugend Zu-

kunft" Ernst Gläser und über „Jüdischer Jugend Aufgabe" Jakob Jakobs. Von ernstem Verantwortungsgefühl und hohem sittlichen Wollen getragen, besonders eindringlich wirkend durch ihre prägnante Kürze, zeigten die Redner die Wege, die wir als deutsche Juden und jüdische Jugend zur Erreichung unserer Ziele einzuschlagen haben. Ihre Worte wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Der Nachmittag vereinigte die Teilnehmer zu einem geselligen Beisammensein. P.

Bücherschau.

Gorki, Maxim. Das blaue Leben. 9 Novellen. Berlin. Malik-Verlag. Kart. 3.00 RM.

Gorki, Maxim. Märchen der Wirklichkeit. 39 Kurzgeschichten aus Italien und Rußland. Berlin. Malik-Verlag. Kart. 3.00 RM.

Was Gorki in diesen beiden Bänden zusammenfaßt: mit dem Herzen geprüfte Erkenntnisse eines starken und wachen Lebens, ergreift durch die Schlichtheit, die man als geworden, nicht als gegeben spürt. Das Breite, manchmal Lärmende der Darstellung ist ganz verklungen; der Griff ins Wirkliche, ehemals unbekümmert derb, ist behutsam geworden, er umtastet die Dinge, und bezwungen von der sanften Berührung, gleiten sie auseinander, um den Blick in das Eigentliche frei zu geben. F. W.

Deutsch-Jüdische Probleme der Gegenwart von Ludwig Holländer. Berlin — Philoverlag. 32 Seiten. Brosch. 1.30 RM.

In allen jüdischen Lagern Deutschlands sind seit dem Kriege bedeutende Wandlungen eingetreten. Die Zionisten von heute sind andere als die vom Jahre 1914! Auch die Anschauungen des C. V. haben sich gewandelt, wenn auch die Grundlagen unverrückbar geblieben sind. Es ist ein Verdienst Dr. Ludwig Holländers, des Direktors des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die Grundlagen des Central-Vereins und insbesondere die Stellung zum Volksbegrife und zum Vaterlandsbegriffe einmal wieder gründlich durchgeprüft zu haben. Der Lärm des Abwehrkampfes hindert allzu oft, eine ruhige Besinnung über das Verhältnis zum deutschen Volke und über das Verhältnis auch zum Zionismus. Nach Eugen Fuchs grundlegenden Schriften sind kaum richtunggebende Arbeiten darüber erschienen. Umso begrüßenswerter ist daher Ludwig Holländers kurze sachliche und klare Schrift. Wer sich mit dem deutschen Judentum und seinen Weltanschauungen ernstlich befassen will, muß diese Schrift gelesen haben. —

Der Verband ostjüdischer Organisationen in Deutschland besitzt ein Zentralorgan „Die jüdische Welt", dessen Nr. 5 z. Zt. erschienen ist. Es enthält Beiträge, die sich mit kulturhistorischen, organisatorischen und allgemein-jüdischen Fragen beschäftigen. Auch ist dieser Nummer eine Einlage in jiddischer Sprache beigefügt.

Es ist wieder eine neue Nummer des **„Korrespondenzblattes über Wanderungs- und Siedlungswesen"**, das der **Hilfsverein der Deutschen Juden** in Fortsetzung entsprechender Vorkriegspublikationen seit 1922 herausgibt, erschienen.

In dem Blatt, das an Organisationen des In- und Auslandes und private Interessenten wie an Behörden und Konsulate verschickt wird, werden Mitteilungen über die Emigrantenfürsorge des Hilfsvereins der Deutschen Juden gebracht und Informationen verschiedener Art über folgende Länder erteilt: Tschechoslowakei, Rußland, Türkei, Bulgarien, Rumänien (Bessarabien), Portugal, Canada, Vereinigte Staaten, Mexiko, Cuba, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Südafrika, Australien, Palästina.

Die Informationen erstrecken sich u. a. auf Bevölkerungs- und Landesverhältnisse, Wirtschafts- und Arbeitslage, Siedlungswesen, Ein- und Auswanderungsstatistik, Einwanderungsgesetze, Einreisebestimmungen; ferner auf Berichte über Konferenzen, die sich mit Wanderungsproblemen beschäftigen, in Havana, Paris, Berlin, Genf und Buenos Aires.

Eingehend wird über die Einschränkung der Einwanderung in überseeischen Ländern — Canada, Vereinigte Staaten, Australien — und die Immigrationspolitik dieser Staaten berichtet, die ein Quotensystem zu ungunsten der Emigranten aus Osteuropa eingeführt haben oder aus gleichen Gründen aus bestimmten Ländern des Ostens nur die Einwanderung von Angehörigen einiger weniger Berufsgruppen zulassen.

Dem Korrespondenzblatt ist nachfolgende statistische Uebersicht über den

Auswandererfürsorgedienst des Hilfsvereins

entnommen:

Im Jahre 1928 passierten

Berlin: Schlesischer Bahnhof, Bahnhofsdienst des Hilfsvereins, (Aus- und Rückwanderer) und zwar 16592 Männer, 8818 Frauen, 4283 Kinder (Nichtjuden 10049).	29693 Personen
Im Büro der Zentrale des Hilfsvereins in Berlin fanden Beratung und Hilfe	997 Personen
Ihren Weg nahmen über	
Stentsch (Deutsch-polnische Grenze)	7397 Personen
Osnabrück	935 Personen
Hamburg: im Ueberseeheim logierten	2524 Personen
außerhalb des Ueberseeheims ca.	560 Personen
Bremen (nach privaten Feststellungen)	800 Personen

Den unglücklichen russischen Emigranten, die sich seit dem Jahre 1923 in Bremen und Hamburg befinden, wo sie noch immer auf das Visum nach den Vereinigten Staaten warten, leistet der Hilfsverein nach wie vor Beistand.

Aus dem Korrespondenzblatt geht hervor, daß die Arbeit des Hilfsvereins auf dem Gebiete der Auswandererfürsorge, die an und für sich infolge der Nachkriegsverhältnisse viel komplizierter ist als in früheren Jahren, sich erweitert hat. Durch seine ungemein wichtige Fürsorgetätigkeit entlastet er in hohem Maße jüdische Gemeinden und Institutionen in Deutschland.

Bund Jüdischer Pfadfinder „Kadimah" Mainz.

Bundesanschrift: Hindenburgplatz 1.
Bundesheim: Schulstraße 64, Hinterh., part.

Arbeitsplan für Juni.

Jeden Montag: Scoutabend der Fuchspatrouille von 18—19 Uhr.
Jeden Mittwoch: Heimabend der Wieselpatrouille von 17—18 Uhr.
Heimabend der Eichhörnchenpatrouille von 18—19.30 Uhr.
Heimabend der Schwalbenpatrouille von 20.15—21.45 Uhr.
Jeden Samstag: Heimabend der Eichhörnchenpatrouille von 14.30 bis 16 Uhr.
Heimabend der Fuchspatrouille von 16—17 Uhr.
Heimabend der Wieselpatrouille von 18—19 Uhr.
Sonntag, 2. Juni: Fahrt der Eichhörnchen und Wieselpatrouille, Richtung Morgenbachtal.
Fahrt der Fuchspatrouille, Richtung Gonsenheimerwald.
Fahrt der Schwalbenpatrouille Richtung Budenheimer Strandbad.
Sonntag, 9. Juni: Fahrt der Schwalbenpatrouille, Richtung Petersaue.
Fahrt der Fuchspatrouille, Richtung Strandbad-Budenheim.
Sonntag, 16 Juni: Fahrt der Eichhörnchen- und Wieselpatrouille, Richtung Budenheim.
Fahrt der Schwalbenpatrouille, Richtung Kloster Eberbach.
Sonntag, 23. Juni: Fahrt der Fuchspatrouille, Richtung Petersaue.
Fahrt der Schwalbenpatrouille, Richtung Morgenbachtal.
Sonntag, 30. Juni: Fahrt der Eichhörnchen- und Wieselpatrouille, Richtung Altrhein.
Fahrt der Fuchspatrouille per Rad, Richtung Budenheim.
Fahrt der Schwalbenpatrouille, Richtung Grauer Stein.

Personalnotizen.

Barmizwoh:

Mainz: 15. 6. 29 Ernst Lorge, Sohn des Herrn Studienrat Dr. Lorge.

Verlobte:

Sprendlingen—Nieder-Ingelheim: Frl. Irma Berger mit Herrn Gerhard Mayer.

Griesheim bei Darmstadt — Wiesbaden: Frl. Friedel Strauß mit Herrn Berthold Goldschmidt.

Vermählte:

Mainz: Walter Scheuer und Trudel Scheuer, geb. Lebrecht.

85. Geburtstag.

15. 6. 29 Frl. Emilie Feist.

Gestorben:

Mainz: 7. 5. 29 Moritz Reiner, 45 Jahre alt.
8. 5. 29 Frau Esther Moritz, geb. Birnbaum, 67 Jahre alt.
18. 5. 29 Frau Valerie Altschul, geb. Lerchenthal, 84 Jahre alt.
27. 5. 29 Theodor Eisemann, 48 Jahre alt.

Groß-Gerau: 23. 5. 29 Albert Hirsch, 58 Jahre alt.

Druck von E. Herzog, Mainz.